

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Blauvorchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Berliner Presse über den Obersten Rat. Ein Kompromiß über Oberschlesien wahrscheinlich.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit schreibt zu den gestrigen Auseinandersetzungen zwischen Lloyd George und Briand, daß die Rede Briands durchaus nicht von jenem harren und unversöhnlichen Geist beherrscht zu sein scheint, den die französischen Nationalisten ihrem Ministerpräsidenten monatelang empfohlen hatten. Es sei nun möglich, daß das Kompromiß, auf das man zusteuert, als Entschädigung für die Aufgabe der bisherigen Auffassung über die ober-schlesische Frage gewisse Zugeständnisse an die innerpolitischen Bedürfnisse des französischen Ministerpräsidenten enthält. In welcher Richtung sie sich bewegen werden, weiß man heute noch nicht. Jedenfalls kann man aber hoffen, daß die Entscheidung über Oberschlesien ein glücklicheres Geschick zeigen wird, als man anzunehmen Grund hatte, und man darf weiter hoffen, daß diese Entscheidung, auch wenn sie für Deutschland günstig sein sollte, in Polen nicht so aufgenommen wird, daß eine dauernde Verstimmung gegenüber Deutschland zurückbleiben könnte. Oft genug schon haben wir darauf hingewiesen, wie eng verbunden die deutschen und polnischen Interessen miteinander sind. Auch die deutsche Regierung hat noch vor kurzem erklärt, daß sie alles tun werde, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen wieder in Gang zu bringen, wenn erst die ober-schlesische Frage geregelt sei, und daß Polen keine wirtschaftlichen Nachteile erfahren sollte, auch wenn die Entscheidung über Oberschlesien nicht so ausfallen sollte, wie der polnische Nationalismus es gewünscht hätte. So sehr wir geneigt sind, derartigen Äußerungen mit Mißtrauen zu begegnen, so muß doch in diesem Falle gesagt werden, daß selbst die vorsichtigste Regierung Deutschlands nichts anderes tun kann, als an einer möglichst schnellen Herstellung guter wirtschaftlicher und politischer Beziehungen nicht nur zu Polen, sondern auch zu dem übrigen Osteuropa zu arbeiten.

Auch der Vorwärts sagt: „Alles in allem hat es den Anschein, daß es zu einem französisch-englischen Kompromiß kommen wird, allerdings nicht in dem Sinne, wie es die französischen Chauvinisten sich gedacht haben. Wenn auch mit einem ungeteilten Widerspruch kaum mehr zu rechnen ist, so wissen wir doch, daß die wirtschaftliche Teilung, wie sie die Korfanti- und später die Stora-Linie vorsah, als abgetan angesehen werden kann. Freilich bedeuten schon die heutigen Vorschläge der englischen Regierung den Verlust der Kreise Pleß und Agdnik, also der wichtigsten Kohlen-vorratstager, auf die sich die vorarbeitende Industrie Oberschlesiens stützt. Schon dies greift stark in die wirtschaftlichen Zusammenhänge ein, die nach deutscher Auffassung nicht geteilt werden dürfen, ohne die Lebensfähigkeit Oberschlesiens zu gefährden.“

Die Wossische Zeitung schreibt: „Entscheidend für die Beurteilung der Lage, die gestern in den Beratungen des Obersten Rates eingetreten ist, ist der Wortlaut der Instruktion für die Sachverständigen. Nach der hier vorliegenden Fassung des Havas-Kommunique soll ein Beschluß vorliegen, der die Sachverständigen anweist, die Industriegebiete im engeren Sinne Deutschland zuzuwenden. Es wäre überflüssig, auf Grund dieser Fassung, die nicht-klarheit durch Uebersetzungs- und Uebersetzungsfehler in den entscheidenden Punkten verändert oder ungenau ist, irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Diese Vorsicht ist doppelt notwendig, weil gerade die entscheidenden Punkte in mehreren Fassungen aus Paris gemeldet werden.“

Dieselbe Zeitung gibt aus der Tribuna in Rom folgendes wieder: „Die ratlose Haltung der italienischen Sachverständigen erklärt sich daraus, daß sie so die Haltung der italienischen Abordnung zu unterstützen suchen, von der man bis gestern noch nicht bestimmt wußte, auf welche Seite sie sich schlagen werde. Doch sei heute klar, daß Italien den englischen Gesichtspunkt zu dem seinigen machen werde, so daß sich nur zwei Möglichkeiten ergeben: Entweder Frankreich wird nachgeben oder die Konferenz muß, um den Zwiespalt der Verbündeten nicht noch zu vertiefen, verschoben werden.“ Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß Frankreich nachgeben wird, jedoch nicht, ohne deutlich zu erklären, daß es sich nicht als unterlegen betrachtet und es den Beweis dafür erbringen werde, wenn es nach Erledigung der ober-schlesischen Frage mit der Unterstützung von Belgien für eine Beibehaltung der Sanktionen eintreten werde.

Wiederaufnahme der Sachverständigenberatungen.

Paris, 9. August. (W. V.) Um 3 1/2 Uhr nachmittags sind die juristischen Sachverständigen und die alliierten Kommissare in Doppelgarn dem Wunsche Lloyd Georges zu einer Sitzung zusammengetreten. Wie die Havas-Agentur mitteilt, ist es wahrscheinlich, daß die Sachverständigen, wenn sie sich auf die vom englischen Premierminister vorgeschlagenen Grundzüge einigen können,

ihre Konklusionen nach den Reden des französischen und des italienischen Ministerpräsidenten, die heute in der Nachmittags-sitzung des Obersten Rates erwartet werden, mitteilen werden.

Paris, 10. August. Nach dem Temps lauten die neuen Vorschläge, die den Sachverständigen für ihre Beratungen gegeben worden sind, wie folgt:

1. Jede Stimme muß nach ihrem Werte in Betracht gezogen werden. Man kann nicht zulassen, daß die Stimme eines Bauern mehr wert sei als die eines Handwerkers.
2. Die industrielle Einheit, die sich zugunsten Deutschlands mit 2 gegen 1 Stimme ausgesprochen hat, müsse Deutschland zugesprochen werden.
3. Die dem Industriegebiet benachbarten Gebiete müssen Gegenstand erster Beratung und Prüfung sein, damit festgestellt wird, in welcher Weise sie dem Industriegebiet eingegliedert werden können.

Paris, 10. August. (M.) Die Sachverständigen-Kommission für Oberschlesien hat sich Dienstagnachmittag besonders mit dem industriellen Dreieck beschäftigt. Man hofft, daß die Kommission ihre Beratungen am Mittwoch beenden wird. Der Oberste Rat wird sich Mittwochnachmittag mit dem Bericht der Kommission befassen.

Die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz

Washington, 10. August. (M.) Als erster Punkt der Tagesordnung für die Beratungen der Abrüstungskonferenz sollen dringende Fragen zur Beratung kommen, wie Beratung der völkerrechtlichen Bestimmungen und internationales Vorgehen gegen Staaten, die das Völkerrecht verletzen. Darin kommt die internationale Verständigung der Völker untereinander und mit den kriegsführenden Parteien. An zweiter Stelle der Verhandlungen kommen die modernen Kriegsmittel zur Besprechung, wie die Verwendung giftiger Gase, von Bombenflugzeugen, chemischer Mittel usw. Nach diesen Beratungen über die technischen Kriegsmittel will Präsident Harding die föderale Frage zur Beratung bringen, und zwar mit dem Vorschlag, für ganz Sibirien die Politik der offenen Tür international anzuerkennen, um einen Krieg deswegen zu vermeiden.

Regierungswechsel in Japan als Folge der Konferenz?

London, 10. August. (M.) In einem Leitartikel schreibt die Zeitung „Kotumün Shimbun“ in Tokio, daß Japans Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einen Regierungswechsel zur Folge haben könne. Der Ministerpräsident Hara ist der Ansicht, daß die Teilnahme Japans an der Konferenz die ganze japanische Politik geändert werde. Ein Ausweg könne nur in der Bildung einer Koalitionsregierung gefunden werden. Hirotaka Nagata, einer der bekanntesten Staatsmänner Japans, wird in den Blättern als der vermutliche Nachfolger Haras genannt.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Memmingen.

München, 10. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu der Judenhege in Memmingen wird noch bekannt: Nach Einlieferung des Käsehändlers Rosenbaum in das Gefängnis begab sich eine große Anzahl von Demonstranten zu zwei andern jüdischen Kaufleuten, deren Geschäfte mit Lebensmittelhandel nichts zu tun hatten. Nach allem, was bisher bekannt ist, scheint ein praktischer Arzt, Dr. Sieckus, der Organisator der systematischen Judenhege in Memmingen gewesen zu sein. In einem amtlichen Bericht heißt es: „Auch die Tätigkeit des Eisenhändler-Sohnes Er. Seil dürfte lediglich darauf abgezielt haben, die Menschenmenge auf Juden zu heben. Heil hat auch eine fertige Tafel, auf der geschrieben stand: „Ich bin der größte Wucherer“ und die dem Rosenbaum um den Hals zu hängen beabsichtigt war, bei sich getragen.“ Der größte Teil der gegen die Lebensmittelsteuerung Demonstrierenden war überhaupt nicht davon informiert, daß es sich letzten Endes nur um eine Judenhege handelt. Wie mitgeteilt wird, ist gegen den Veranstalter der Hege von Memmingen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

In einem Bericht des Berliner Tageblattes heißt es: „Der Aufklärung bedarf es noch, weshalb der erste Staatsanwalt der Forderung der Menge nach sofortigem Erlassen eines Haftbefehls gegen Rosenbaum nachgab und die Verhaftung dann nicht so vernachlässigt, daß Rosenbaum den Lynchgelüsten des Mobs entzogen wurde. Die gegen Rosenbaum erhobene Beschuldigung des Mißbrauchers wird auf Grund amtlicher Erhebung als unbegründet erklärt, da er in dieser Saison überhaupt noch keine Milch zur Käsebereitung aufgekauft habe. Die andern Kaufleute, gegen die noch demonstriert wurde, haben mit der Lebensmittelversorgung überhaupt nichts zu tun.“

Der Zwischenfall in der Kola-Bucht.

Berlin, 10. August. (M.) In der Angelegenheit der Beschuldigung der deutschen Minenschiffe in der Kola-Bucht hat Wiggdor Kopp im Auswärtigen Amt eine Erklärung namens der Sowjetregierung abgegeben. Das Auswärtige Amt hat bereits durch Punktgespräch ein Ersuchen um Aufklärung nach Petersburg gerichtet.

Zum Kongreß der Eisernen Internationale in Luzern.

Von Tony Sender, Frankfurt a. M.

In verhältnismäßig kurzer Folge ist auf den Ende August vorigen Jahres in Kopenhagen stattgehabten achten, nunmehr auf den 8. August d. J. der neunte Internationale Metalarbeiter-Kongreß nach Luzern einberufen worden. Die Bundesleitung kommt damit dem zu Kopenhagen ausgesprochenen Willen des Kongresses nach. Die rasche Folge der Tagung beweist indessen auch, daß die Glieder des eisernen Weltbundes in vollem Maße die hohe Bedeutung zu würdigen wissen, die heute die internationale Zusammenfassung der Arbeiterschaft zu einem aktionsfähigen Organ hat, das organisatorisch und geistig immer mehr den großen Problemen gewachsen ist, die die Weltwirtschaft und Weltpolitik stellen.

Wohl hatten in Kopenhagen noch die Nachwirkungen des Krieges nachgezittert, denn das Versagen der proletarischen Internationale traf ja nicht nur bei den politischen, sondern auch für die wirtschaftlichen Organisationen zu. Dennoch war der Geist des achten Kongresses ein durchaus kameradschaftlicher; belehrt von den bitteren Lektionen vierjährigen Mordens und den Folgen dieses Wahnsinns und von dem tiefsten Ernste erfüllt, gingen die Kongreßteilnehmer an die notwendige Vorarbeit, um den Weg zu weiterer und besserer Entwicklung zu ebnen.

Schon in den konkreten Beschlüssen dieser Tagung drückte sich die grundsätzliche Wendung aus, die sich im Wesen der Eisernen Internationale vollzog. War diese in der Vorkriegszeit noch ein recht loses Gebilde, dessen Hauptaufgabe im gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch, allenfalls noch in der materiellen internationalen Unterstützung nationaler Kämpfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestand, so zeigte der in Kopenhagen gefasste, für alle Sektionen bindende Beschluß zur Verweigerung von Herstellung und Transport von Kriegsmaterial für die Feinde Sowjet-Rußlands, daß man der Betätigung internationaler proletarischer Solidarität eine viel weitergehende, sich nicht auf enge Nurgewerkschaftsaufgaben beschränkende Auslegung und Anwendung zu geben gewillt war.

Ebenso notwendig und klug war die in Kopenhagen beschlossene Sitzverlegung und Personalveränderung in der Bundesleitung. Der bisherige Leiter des in Deutschland domizilierten Bundessekretariats, Alex. Schilde, konnte wegen seiner nationalisierenden, die Kriegspolitik der Mittelmächte verteidigenden Haltung während des Weltkrieges und auch ebenso wegen der Stellung, die er in seiner Amtszeit als deutscher Arbeitsminister eingenommen hatte, unmöglich die Autorität und das Vertrauen besitzen, das einem internationalen Sekretär entgegengebracht werden muß, wenn er erfolgreich alle Glieder einer proletarischen Internationale zu gemeinsamem, entschiedenem Willen zusammenzufügen imstande sein soll. Der an seiner Stelle gewählte provisorische Sekretär Konrad Jg., vom schweizerischen Metalarbeiterverband, der auch im Kriege eine internationale Haltung bewahrt hatte und der Zimmerwälder Richtung angehörte, hat in den wenigen Monaten eine überaus rührige und großenteils erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Waren in Kopenhagen aus den verschiedensten Gründen die Italiener, Amerikaner und Engländer noch unvertreten (in Amerika war überhaupt keine Organisation angeschlossen), so ist das Erscheinen dieser Landessektionen für Luzern bereits zugesagt. Allerdings ist von den amerikanischen Organisationen bisher nur der bedeutende Maschinenbauer-Verband angeschlossen, während die anderen Fachorganisationen der Metallindustrie noch fehlen. Aber auch dieser Anstoß hat seine Bedeutung über den Rahmen der Metalarbeiter-Internationale hinaus, zeigt er doch, daß Samuel Gompers reaktionäre Haltung, die ihn dazu veranlaßte, sich von der Amsterdamer Internationale wegen ihrer zu revolutionären Tendenz loszusagen, nicht von der gesamten Arbeiterschaft seines Landes gebilligt wird. Denn gerade der amerikanische Verband ist es, der für die Luzerner Tagung den Antrag stellte, daß die Berufsarbeiter der Welt, die Eisen und Stahl zu Waffen und Kriegsmunition werden lassen, durch eine weise Benutzung dieser Macht künftige Kriege zu verhindern verpflichtet sein sollen.

Ungeklärt ist noch das Verhältnis der russischen Organisationen zum Bund. Bekanntlich wurde in Kopenhagen das Erscheinen der unter Führung Schlapnikoffs stehenden russischen Delegation durch Verweigerung der Einreisegenehmigung seitens der skandinavischen Regierungen verhindert. Auf eine schriftliche Anfrage des neuen Sekretärs erwiderte dann die russische Organisation, daß sie sich als zur Eisernen Internationale zugehörig betrachte. Allerdings hat sie der Internationale bis heute noch keinen finanziellen Beitrag geleistet, was bei der sonst üblichen Freigebigkeit der russischen Organisationen einermahnend auffallen muß. Sollte der Bund doch nicht nur eine formal organisatorische Zusammenfassung sein, sondern auch ein Organ zur aktiven Unterstützung von Kämpfen, die Mittel erfordern. Es sei hier nur die im verflochtenen Abschnitt erfolgte Unterstützung der finnländischen und lituanyburgischen Metalarbeiter in ihren Kämpfen, so-